

Kritik an Israel und Antisemitismus

Warum steht das kleine Land Israel in den letzten Jahren ständig in den vordersten Schlagzeilen der Weltpresse? Warum gibt es kaum Fernsachrichten ohne dramatische und martialische Bilder über den israelisch-palästinensischen Konflikt? Gewiss, die Konfrontation ist auf allen Ebenen akut und gleichzeitig scheinbar hoffnungslos festgefahren. Nahezu täglich werden neue Todesopfer gemeldet. Bei anderen kriegerischen Konflikten – in Tschetschenien, in Sri Lanka, in Afrika, in Osttimor – waren in den letzten Jahren ungleich mehr oder ähnlich viele Tote zu beklagen. Doch die Berichterstattung darüber war und ist in Bezug auf Breite und Kontinuität bei weitem nicht mit der Publizität über die israelisch-palästinensische Auseinandersetzung zu vergleichen.

Nicht wenige Sympathisanten Israels und vor allem jüdische Bürger in europäischen Ländern sind über diesen Zustand beunruhigt. Manche fragen, ob durch die pausenlose Medienpräsenz des Nahostkonflikts und durch die meist wenig vorteilhaften Bilder über die Einsätze schwer bewaffneter Truppen in den besetzten Gebieten nicht mehr oder weniger bewusst antiisraelische Emotionen geschürt, vielleicht sogar pauschale antisemitische Vorurteile verbreitet werden. Befürchtungen dieser Art mögen nicht ganz unverständlich sein. Immerhin hat bei einer unlängst veröffentlichten Umfrage unter EU-Bürgern über die Hälfte angegeben, dass von Israel eine Gefahr für den Weltfrieden ausgehe. Die Erhebung ist später wegen undifferenzierter Fragestellungen zu Recht stark kritisiert worden. Übrigens ist in den Berichten darüber häufig unterschlagen worden, dass das Ansehen der palästinensischen Akteure von den Befragten deutlich schlechter bewertet wurde als dasjenige der israelischen Führung.

Der Verdacht aber, dass allein schon die permanente Konzentration der Medien auf den ungelösten Nahostkonflikt mit unterschiedlichen antisemitischen Motiven zu tun haben könnte, muss als abstruse Verschwörungstheorie qualifiziert werden. Bezeichnenderweise werden entsprechende Vorwürfe vornehmlich gegen die europäische Presse erhoben, nicht aber gegen die amerikanischen Medien, die in ihrer internationalen Berichterstattung oft noch einseitiger auf den Nahostkonflikt fixiert sind.

Für die überproportionale Beschäftigung der westlichen Öffentlichkeit mit der vielschichtigen israelisch-palästinensischen Konfrontation gibt es eine ganze Reihe mehr oder weniger rationale Gründe. Dazu gehören die strategische Bedeutung der erdölreichen Nahostregion, die historischen, kulturellen und verwandtschaftlichen Verbindungen zwischen Europa und dem nahen Orient, die enge emotionale Verknüpfung des israelisch-palästinensischen Knotens mit dem heute besonders spannungsgeladenen Verhältnis zwischen westlicher und islamischer Welt.

Ein anderer Faktor hat mit der demokrati-

schen Offenheit in Israel und den sehr streitbaren Debatten in den israelischen Medien zur Palästinenserfrage zu tun. Wer die Politik der israelischen Regierung kritisiert, kann sich praktisch immer auf entsprechende Meinungen und Informationen in der israelischen Presse berufen. Einige Sympathisanten Israels halten diese im Vergleich zu den meisten arabischen Ländern sehr weitgehende Medienfreiheit für problematisch, weil damit ein allzu kritisches oder rundweg negatives Bild von den israelischen Realitäten begünstigt werde.

In Wahrheit jedoch ist diese demokratische Offenheit eine Stärke, jedenfalls auf längere Sicht. Es stimmt zwar, dass im Konflikt mit den Palästinensern in der westlichen Öffentlichkeit an die israelische Seite zum Teil strengere Maßstäbe angelegt werden. Das hat auch damit zu tun, dass Israel eben zum westlichen Kulturkreis zählt, wo die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zumindest in neuerer Zeit besonders scharf beobachtet wird. Dezierte Kritik kann durchaus auch ein Zeichen von Nähe und geistiger Verbundenheit sein, denn gerade im politisch-moralischen Bereich sind es die Freunde, an die man höhere Ansprüche stellt. Solche Zusammenhänge funktionieren übrigens nicht nur gegenüber Israel. Sie waren auch ein Antrieb für die Protestbewegungen gegen Amerikas Krieg in Vietnam oder gegen Frankreichs koloniale Verstrickungen in Algerien.

Sind aber die jüngsten antijüdischen Vorfälle und Anschläge etwa in Frankreich nicht doch ein gefährliches Indiz für ein Wiedererleben alter antisemitischer Reflexe und Ressentiments in Europa? Die Reaktionen der zuständigen Regierungen auf solche Vorfälle zeigen, dass diese nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Angesichts der geschichtlichen Lasten in Europa aus den Folgen antijüdischer Agitation bestehen dazu ernsthafte Gründe. Aber ebenso muss man darauf pochen, dass die Fakten sorgfältig untersucht und einzelne Fälle nicht vorschnell zu pauschalen Tendenzen und Vorwürfen aufgebauscht werden.

So hat etwa der angesehene französische Politologe Dominique Moisi unlängst in einem Beitrag für die Zeitschrift «Foreign Affairs» kritisiert, dass in bestimmten amerikanischen Publikationen von Europa allzu häufig ein Zerrbild gezeichnet werde, in dem antisemitische Einstellungen angeblich zu den dominierenden Zügen zählten. Für antisemitische Vorfälle im heutigen Europa seien einzelne Individuen verantwortlich und nicht staatliche Politik wie in vergangenen Zeiten. Moisi argumentiert, dass die weit weniger integrierten Muslime heute in Europa eher unter Diskriminierungen und Vorurteilen zu leiden hätten als jüdische Bürger. Der gleiche Autor warnt allerdings die Europäer auch davor, auf beliebte, aber undifferenzierte Klischees wie den angeblich überragenden Einfluss «der» Juden auf die amerikanische Politik hereinzufallen – als ob die

zugegebenermassen sehr erfolgreiche jüdische Minderheit in den USA in Sachen Nahostpolitik und bei der Beurteilung von Sharons Kurs durchwegs am gleichen Strick ziehen würde.

Eine zentrale Frage in der neu aufgeflamnten Antisemitismus-Debatte lautet: Wo verläuft die Grenze zwischen legitimer Kritik am Hardliner-Kurs der Regierung Sharon und antisemitischer Stimmungsmache? Die amerikanische Philosophin Judith Butler, die selber jüdischer Herkunft ist, hat sich vor einigen Monaten in einer vielbeachteten Antwort auf entsprechende Vorwürfe des Harvard-Präsidenten Lawrence Summers entschieden gegen leichtfertige Gleichsetzungen zur Wehr gesetzt. Wenn der Vorwurf des Antisemitismus dafür verwendet werde, die israelische Besetzungspolitik vorbehaltlos zu verteidigen, dann verliere dieser Vorwurf radikal an Glaubwürdigkeit – und zwar auch dort, wo er tatsächlich berechtigt sei, zum Beispiel bei rassistischer Agitation gegen Juden in Europa.

Zu den Voraussetzungen für eine nüchterne Antisemitismus-Diskussion gehört der verantwortungsvolle Umgang mit Fakten, Begriffen und Proportionen. Wer Sharons Politik kritisiert, muss sich an diese Adresse halten und kann nicht «die Juden» kollektiv dafür haftbar machen. Solche Verallgemeinerungen sind ähnlich provozierend und verletzend wie Unterstellungen, ganz Europa sei dabei, vom Gift des alten Antisemitismus überschwemmt zu werden. Luftige Verschwörungstheorien sind in der Politik immer gefährlich. Sie lenken nur von der mühevollen Aufgabe ab, für sehr konkrete Probleme – in diesem Fall den israelisch-palästinensischen Konflikt – praktische und faire Lösungen zu finden.

R. M.